_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 12
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 26.02.1996

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 01.04.1999

3. Instanz

Datum 30.03.2000

Auf die Revision der KlĤgerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz vom 1. April 1999 aufgehoben. Die Sache wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurļckverwiesen.

GrÃ1/4nde:

Streitig ist die VerjĤhrung eines Schadensersatzanspruchs der klagenden Landesversicherungsanstalt (LVA) gegen die beklagte Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK).

Die beklagte AOK ist Rechtsnachfolgerin der AOK für den Rhein-Hunsrück-Kreis, die Einzugsstelle für die H-GmbH war. Diese verbuchte seit 1980 Arbeitsentgelte in groÃ∏em Umfang als Aushilfslöhne, obwohl die Arbeitnehmer nicht nur als Aushilfen kurzfristig beschäftigt waren. Die Steuerfahndung deckte dies 1987 auf und schätzte, daÃ∏ allenfalls 20 vH der verbuchten Aushilfslöhne als solche berechtigt waren. Die H-GmbH akzeptierte diese Schätzung und zahlte auf deren Grundlage Lohnsteuer nach. Hiervon setzte die Steuerfahndung die AOK in

Kenntnis. Diese nahm Einsicht in die bei der Steuerfahndungsstelle befindlichen Lohnunterlagen und kündigte der H-GmbH im März 1988 den ErlaÃ☐ eines Summenbescheides an, wobei sie davon ausging, daÃ☐ 80 vH der gezahlten Aushilfslöhne (insgesamt 1.875.216 DM in den Jahren 1980 bis 1985) beitragspflichtig seien. Die H-GmbH wandte ein, die Voraussetzungen für einen Summenbescheid lägen nicht vor. Weitere Ermittlungen darüber, ob die gezahlten Aushilfslöhne der Beitragspflicht unterlagen, sollten bei einer Betriebsprüfung angestellt werden; hierzu kam es jedoch nicht, weil die H-GmbH mehrfach um Verschiebung der Betriebsprüfung bat. Ohne daÃ☐ diese stattgefunden hatte, einigten sich am 30. November 1988 die AOK und die H-GmbH darauf, daÃ☐ zur Abgeltung sämtlicher Beitragsrückstände für die Jahre 1980 bis 1988 ein Betrag von 70.000 DM gezahlt werde. Nach Erhalt dieser Summe erklärte die AOK mit Schreiben vom 19. Dezember 1988 gegenüber der H-GmbH die Ã☐berprüfung der Aushilfslöhne für die Zeit von 1980 bis Ende 1988 für beendet.

Hiervon erhielt die klagende LVA erstmals bei einer von ihr im Oktober 1989 durchgeführten Einzugsstellenprüfung Kenntnis. Sie beanstandete das Vorgehen der AOK, weil der Vergleich vom November 1988 ohne ihre Zustimmung geschlossen worden sei. Hierauf erlieà die AOK auf Verlangen der Klägerin gegenüber der H-GmbH für die Jahre 1980 bis 1985 einen Summenbescheid über 554.885,91 DM, auf den sie die bereits gezahlten 70.000 DM anrechnete (Bescheid vom 28. Dezember 1989). Dieser Bescheid wurde auf die Klage der H-GmbH durch Urteil des Sozialgerichts (SG) aufgehoben und diese Aufhebung vom Landessozialgericht (LSG) mit Urteil vom 19. August 1993 rechtskräftig bestätigt, weil ihm jedenfalls der den Vergleich bestätigende Bescheid entgegenstehe, der in dem Schreiben vom 19. Dezember 1988 liege. Es sei daher unerheblich, daà der Vergleich vom 30. November 1988 ohne Zustimmung der Klägerin geschlossen worden sei.

Nunmehr verlangte die KlĤgerin im Dezember 1993 von der AOK Schadensersatz, weil der Vergleich vom November 1988 ohne ihre Einwilligung abgeschlossen worden und sachlich nicht gerechtfertigt gewesen sei. Die Beklagte lehnte einen Schadensersatz ab, weil ein etwaiger Anspruch verjĤhrt sei. Im Dezember 1994 hat die KlĤgerin Klage auf Zahlung von 281.430,35 DM erhoben. Das SG hat die Beklagte mit Urteil vom 26. Februar 1996 antragsgemĤÃ□ verurteilt. Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG mit Urteil vom 1. April 1999 das sozialgerichtliche Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen. Es hat ausgefļhrt, der KlĤgerin sei zwar durch schuldhaft pflichtwidriges Verhalten der AOK ein Schaden in HĶhe von 281.430,35 DM entstanden. Jedoch sei der Schadensersatzanspruch entsprechend § 25 Abs 1 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch â□□ Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (SGB IV) verjĤhrt. Die vierjĤhrige VerjĤhrungsfrist habe am 1. Januar 1989 begonnen und sei am 31. Dezember 1992 abgelaufen. Die AOK habe auf die Einrede der VerjĤhrung nicht verzichtet.

Mit ihrer Revision rýgt die Klägerin eine Verletzung des § 1436 Abs 1 der Reichsversicherungsordnung (RVO). Da die AOK ihre Pflichten aus einem der

entgeltlichen GeschĤftsbesorgung Ĥhnlichen TreuhandverhĤltnis verletzt habe, seien die Vorschriften über die positive Forderungsverletzung anwendbar. Der entsprechende Schadensersatzanspruch verjĤhre erst nach 30 Jahren. Die Beklagte verstoÃ∏e gegen Treu und Glauben, wenn sie sich ihr gegenüber auf die vierjĤhrige VerjĤhrung berufe, wĤhrend sie gegenÃ⅓ber der Bundesanstalt fÃ⅓r Arbeit (BA) auf die Einrede der VerjĤhrung verzichtet habe. Auf ihr Verlangen hin habe die Beklagte den Versuch unternommen, die Beitragsforderung mit Bescheid vom 28. Dezember 1989 doch noch durchzusetzen, so daÃ☐ es sich ihr (der KlĤgerin) verboten habe, den Schadensersatzanspruch verjĤhrungsunterbrechend geltend zu machen. Das LSG habe keine Stellung dazu genommen, ob ein Schaden von der Beklagten vorsĤtzlich oder fahrlĤssig verursacht worden sei. Dies sei jedoch erforderlich, weil jedenfalls bei Vorsatz die 30jĤhrige VerjĤhrungsfrist gelten müsse.

Die Klägerin beantragt, das Urteil des LSG vom 1. April 1999 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des SG vom 26. Februar 1996 zurückzuweisen.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Sie hÃxlt das Urteil des LSG für zutreffend.

П

Die Revision der KlĤgerin ist iS einer Aufhebung des angefochtenen Urteils und einer Zurückverweisung an die Vorinstanz begründet. Ob der vom LSG festgestellte Schadensersatzanspruch verjährt ist, hängt davon ab, ob die AOK den Schaden vorsätzlich verursacht hat. Hierzu hat das LSG bisher keine Feststellungen getroffen.

Die Beziehungen der TrĤger der Arbeiterrentenversicherung zu den Einzugsstellen waren früher in <u>§ 1399 Abs 3, 4 RVO</u> und den <u>§Â§ 1433</u> bis <u>1437 RVO</u> idF des Art 1 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (BGBI 1 45) geregelt. Danach entschied die Einzugsstelle über die Versicherungspflicht, die Beitragspflicht und die Beitragshöhe. Sie erlieÃ∏ den erforderlichen Verwaltungsakt, fýhrte die eingezogenen Beiträge unverzüglich an den Träger der Rentenversicherung ab (§ 1433 Satz 1 RVO) und erhielt zur Abgeltung der Kosten, die ihr durch die Einziehung und Abfļhrung der BeitrĤge entstanden, eine Vergütung (§ 1434 RVO). Ã∏ber die Einziehung und Abführung der Beiträge sowie über deren Verwaltung und Abrechnung durch die Einzugsstellen war ua aufgrund des § 1435 RVO die Allgemeine Verwaltungsvorschrift A¹/₄ber den Einzug der BeitrA¤ge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung (im folgenden: AVwV) vom 5. Mai 1972 (Bundesanzeiger (BAnz) Nr 89 vom 13. Mai 1972, S 1) ergangen, zuletzt geĤndert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 1982 (BAnz Nr 232 vom 14. Dezember 1982, S 1). Verletzte die Einzugsstelle schuldhaft eine der Verpflichtungen, die ihr hinsichtlich des Einzugs

der Beitr \tilde{A} ¤ge oblagen, so war sie dem Rentenversicherungstr \tilde{A} ¤ger schadensersatzpflichtig (\hat{A} § 1436 Abs 1 Satz 1 RVO); die Vorschriften des B \tilde{A} ½rgerlichen Gesetzbuches (BGB) \tilde{A} ½ber die Haftung f \tilde{A} ½r Vertragsverletzungen fanden entsprechende Anwendung (Abs 1 Satz 2 aaO).

Auch der Schadensersatzanspruch der KlĤgerin gegen die Beklagte ergibt sich aus § 1436 Abs 1 Satz 1 RVO. Die vorstehenden Regelungen der RVO und die AVwV zu § 1435 RVO sind zwar zum 1. Januar 1989 im wesentlichen durch die §Â§ 28h bis 28r SGB IV abgelöst worden (Art 1, Art 2 Nr 1, Art 19 Abs 1 Satz 1, Satz 2 Nr 4, Abs 2 bis 4 des Gesetzes zur Einordnung der Vorschriften über die Meldepflichten des Arbeitgebers in der Kranken- und Rentenversicherung sowie im Arbeitsfå¶rderungsrecht und å¼ber den Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags in das SGB IV vom 20. Dezember 1988, BGBI I 2330). Das Recht und die Pflicht der Einzugsstelle zum Beitragseinzug ergeben sich jetzt aus § 28h SGB IV, die Pflicht zur Weiterleitung der eingezogenen BeitrĤge aus <u>§ 28k SGB IV</u> und der Vergütungsanspruch der Einzugsstelle aus <u>§ 28l SGB</u> IV. Regelungen ýber die Beteiligung ua der Rentenversicherungsträger bei der Stundung, der Niederschlagung und dem Erla̸ von Ansprüchen sowie einem Vergleich der Einzugsstelle über rückständige Beiträge, wie sie die AVwV vom 5. Mai 1972 vorsah, sind nunmehr in den AbsÃxtzen 3 und 4 des § 76 SGB IV geregelt, die dieser Vorschrift mit Wirkung vom 1. Januar 1989 angefügt wurden. Der ebenfalls am 1. Januar 1989 in Kraft getretene § 28r SGB IV bestimmt, daÃ∏ die Einzugsstelle dem TrĤger der Rentenversicherung fļr einen diesem zugefÃ1/4gten Schaden haftet, wenn ein Organ oder Bediensteter der Einzugsstelle eine diesem nach dem Vierten Abschnitt des Art 1 SGB IV (§Â§ 28a bis 28r SGB IV) auferlegte Pflicht schuldhaft verletzt. Der Schadensersatzanspruch der KlĤgerin ist jedoch noch nach dem früheren Recht entstanden und durch die später und nur für die Zukunft vorgenommene Aufhebung der maÃ∏gebenden Vorschriften nicht erloschen (<u>BSGE 73, 106</u>, 108 = <u>SozR 3-2200 § 1436 Nr 1</u> S 3).

Das LSG hat festgestellt, da̸ die AOK schuldhaft gegen die ihr gegenÃ⅓ber der Klägerin obliegende Pflicht verstoÃ∏en hat, Rentenversicherungsbeiträge vollständig zu erheben. Es hat weiter festgestellt, daÃ∏ der Klägerin dadurch ein Schaden in Höhe von 281.430,35 DM entstanden ist. Die AOK habe ohne Beteiligung der KlÄgerin und der anderen VersicherungstrÄger mit der H-GmbH einen Abgeltungsbetrag ausgehandelt, der nicht gerechtfertigt gewesen sei. Sie hÃxtte statt dessen einen Summenbescheid über einen Gesamtsozialversicherungsbeitrag in HĶhe von 554.885,91 DM erlassen kĶnnen. Davon habe sie aufgrund von Einwendungen der H-GmbH ohne sachlichen Grund abgesehen und sich mit dem Abgeltungsbetrag von nur 70.000 DM zufrieden gegeben. â∏ An diese Feststellungen des LSG ist der Senat gemäÃ∏ § 163 des Sozialgerichtsgesetzes gebunden, so daà der Schadensersatzanspruch nach Grund und Höhe feststeht. Das LSG ist zutreffend davon ausgegangen, daÃ∏ die Veriährungsfrist am 1. Januar 1989 begann und ihr Lauf durch den VorprozeÃ∏ nicht beeinflu̸t wurde. Der Senat folgt dem LSG auch darin, daÃ∏ es nicht gegen Treu und Glauben verstöÃ∏t, wenn sich die Beklagte auf Verjährung beruft. Der Klägerin ist schlieÃ∏lich kein Mitverschulden oder eine Verletzung der Schadensminderungspflicht entgegenzuhalten, weil sie den Bescheid vom 19.

Dezember 1988, mit dem die AOK der H-GmbH gegen $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber den Vergleich best \tilde{A} xtigt hat, nicht angefochten hat (zu einer solchen M \tilde{A} ¶glichkeit Urteil des Senats vom 1. Juli 1999, <u>BSGE 84, 136</u>, 139 ff = <u>SozR 3-2400 ŧ 28h Nr 9</u> S 31 ff mwN). Denn dieses hat wiederum die Einzugsstelle zu vertreten, die den Bescheid nicht ordnungsgem \tilde{A} x \tilde{A} verfa \tilde{A} t und der Kl \tilde{A} xgerin auch nicht bekannt gemacht hat (auch dazu das Urteil vom 1. Juli 1999 mwN).

Der Schadensersatzanspruch aus <u>§ 1436 Abs 1 RVO</u> verjA¤hrt entsprechend <u>§ 25</u> Abs 1 SGB IV, der bei Ansprüchen auf Beiträge zwischen einer kurzen vierjĤhrigen VerjĤhrungsfrist und einer langen 30jĤhrigen VerjĤhrungsfrist unterscheidet. Nach Satz 1 des <u>§ 25 Abs 1 SGB IV</u> verjA¤hren AnsprA¼che auf Beiträge in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden sind. VorsÄxtzlich vorenthaltene BeitrÄxge verjÄxhren hingegen nach Satz 2 des § 25 Abs 1 SGB IV erst in 30 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fĤllig geworden sind. Diese Vorschrift mag zwar in erster Linie fļr Beitragsforderungen der VersicherungstrĤger gegen Versicherte und Arbeitgeber gedacht sein, ist hierauf aber nicht beschrämnkt. So hat der erkennende Senat sie schon auf den Anspruch des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer auf die Arbeitnehmeranteile an Beiträgen (BSGE 67, 290, 293 = SozR 3-2400 § 25 Nr 2) und auf den Anspruch des RentenversicherungstrĤgers gegen die Einzugsstelle auf Auszahlung der eingezogenen BeitrÄxge und der darauf entfallenden Zinsen angewandt (BSGE 73, 106, 112 = $\frac{\text{SozR } 3-2200 \text{ Å}}{\text{ A}} \frac{1436 \text{ Nr } 1}{\text{ S }}$ S 6). Gleiches gilt fÃ $\frac{1}{4}$ r Schadensersatzansprüche des Rentenversicherungsträgers gegen die Einzugsstelle nach <u>§ 1436 Abs 1 RVO</u> und <u>§ 28r Abs 1 SGB IV</u>. Hier ist <u>§ 25 Abs 1</u> SGB IV mit der Ma̸gabe anzuwenden, daÃ∏ regelmäÃ∏ig die vierjährige VerjĤhrungsfrist des Satzes 1, bei vorsĤtzlichem Vorenthalten durch die Einzugsstelle hingegen die 30jAxhrige VerjAxhrungsfrist des Satzes 2 gilt.

Die Anwendung des § 1436 Abs 1 Satz 2 RVO, der fýr den Schadensersatzanspruch des Rentenversicherungsträgers gegen die Einzugsstelle die entsprechende Geltung der Vorschriften des BGB ýber Vertragsverletzungen anordnet, fýhrt entgegen der Ansicht der Revision nicht dazu, daÃ \Box dieser Schadensersatzanspruch allgemein erst in 30 Jahren verjährt. Dieses ergibt sich insbesondere nicht daraus, daÃ \Box es sich hier um einen Schadensersatzanspruch aus positiver Forderungsverletzung handele, fýr den die 30jährige Verjährungsfrist des <u>§ 195 BGB</u> gelte.

Im Zivilrecht ist anerkannt, daà für die Verjährung von Schadensersatzansprüchen wegen Nichterfüllung die für den Erfüllungsanspruch geltende Verjährungsfrist gilt (BGHZ 50, 25, 29; BGH NJW 1986, 310, 312; Peters in Staudinger, BGB, 13. Aufl 1995, § 195 RdNr 41, § 196 RdNr 9; Soergel-Niedenführ, BGB, 13. Aufl 1999, § 195 RdNr 7; Palandt-Heinrichs, BGB, 59. Aufl 2000, § 195 RdNr 8). Insoweit kommt es nicht auf die Rechtsgrundlage, sondern auf den Inhalt des Anspruchs an (BGHZ 50, 25, 29). Dieses gilt zunächst, wenn sich der Schuldner die Erfüllung seiner Hauptleistungspflicht unmöglich gemacht hat und dann der gesetzlich geregelte Anspruch auf Schadensersatz wegen Unmöglichkeit eingreift (vgl § 280 Abs 1 BGB). Dieser gesetzlich geregelte Anspruch auf Schadensersatz geht einem

Anspruch aus positiver Forderungsverletzung vor (vgl <u>BGHZ 11, 80</u>, 83; BGH <u>NJW 1978, 260</u>; Palandt-Heinrichs, aaO, § 276 RdNr 107; Soergel-Wiedemann, BGB, 12. Aufl 1990, § 280 RdNr 24 mwN). Selbst fÃ¹/₄r dessen Verjährung wird jedoch die Anwendung der fÃ¹/₄r den ErfÃ¹/₄llungsanspruch geltenden Verjährung vertreten, wenn der Schadensersatzanspruch auf das ErfÃ¹/₄llungsinteresse gerichtet ist (<u>BGHZ 50, 25, 29; 73, 266, 269; Palandt-Heinrichs, aaO, § 195 RdNr 9).</u>

Bei Ã\| bertragung dieser Grunds\| A\| tze auf den Schadensersatzanspruch des RentenversicherungstrĤgers gegen die Einzugsstelle ist die entsprechende Anwendung der regelmäÃ∏ig vierjährigen Verjährungsfrist des § 25 Abs 1 Satz 1 SGB IV auf den Schadensersatzanspruch gerechtfertigt und geboten, weil er an die Stelle des Anspruchs auf die BeitrĤge tritt. Der RentenversicherungstrĤger hat aus dem TreuhandverhÄxltnis einen Anspruch gegen die Einzugsstelle darauf, da̸ seine Beiträge rechtzeitig und vollständig eingezogen werden. FÃ⅓r die Einzugsstelle ist die entsprechende Pflicht die Hauptleistungspflicht aus dem RechtsverhÄxltnis zum RentenversicherungstrÄxger. Dessen Anspruch gegen die Einzugsstelle auf Einziehung der BeitrĤge findet jedoch seine Grenzen dort, wo auch die Einzugsstelle eine Beitragsforderung gegenüber dem Beitragsschuldner (Arbeitgeber) nicht mehr durchsetzen kann. Eine solche Grenze ist die Verjäknrung, die im VerhÄxltnis der Einzugsstelle zum Arbeitgeber entweder von Amts wegen zu beachten ist (<u>BSGE 67, 290</u>, 293 f = <u>SozR 3-2400 § 25 Nr 2</u> S 10; BSG <u>SozR 3-2400</u> § 25 Nr 6 S 20) oder regelmäÃ∏ig mit der Einrede geltend gemacht wird. Sie beträgt nach <u>§ 25 Abs 1 Satz 1 SGB IV</u> grundsätzlich vier Jahre. Diese VerjĤhrungsfrist ist auf den Schadensersatzanspruch des RentenversicherungstrĤgers zu übertragen, wenn sich wie hier die Einzugsstelle die Erfüllung ihrer Hauptleistungspflicht schuldhaft unmöglich gemacht hat. Die Annahme, die VerjĤhrungsfrist fļr den Schadensersatzanspruch sei wesentlich länger als regelmäÃ∏ig für den Erfüllungsanspruch, würde zu dem unverständlichen Ergebnis führen, daÃ∏ sich, nachdem Ansprüche der Einzugsstellen gegenüber Arbeitgebern in vier Jahren verjährt sind, RentenversicherungstrĤger und Einzugsstellen noch 30 Jahre nach dem Kalenderjahr der FĤlligkeit ļber einen Schadensersatzanspruch streiten könnten.

Die regelmäÃ□ig vierjährige Verjährung gilt für den Schadensersatzanspruch unabhängig davon, ob im Einzelfall fþr die Beitragsforderung der Einzugsstelle gegen den Arbeitgeber die vierjährige Verjährung galt oder ob wegen eines Verzichts des Arbeitgebers auf die Einrede der Verjährung oder wegen vorsätzlichen Vorenthaltens von Beiträgen Ausnahmen bestanden. Das Beitragsverfahren zwischen der Einzugsstelle und dem Arbeitgeber ist mit einem Verzicht auf die Geltendmachung von Rentenversicherungsbeiträgen durch die Einzugsstelle abgeschlossen. Für den Rentenversicherungsträger ist hier an die Stelle des Erfþllungsanspruchs gegen die Einzugsstelle der Schadensersatzanspruch getreten. Welche Verjährung im AuÃ□enverhältnis der Einzugsstelle zum Arbeitgeber galt, ist im Innenverhältnis zwischen Rentenversicherungsträger und Einzugsstelle nur noch für die Höhe des Schadens von Bedeutung. Die individuelle Verjährung im AuÃ□enverhältnis kann hingegen, weil sie vom Verhalten des einzelnen Arbeitgebers abhängt, nach

Schadenseintritt die VerjĤhrung im InnenverhĤltnis nicht bestimmen und sie daher nicht je nach den VerhĤltnissen abwandeln, die vor Schadenseintritt im AuÄ∏enverhĤltnis vorgelegen haben.

Die regelmäÃ∏ige Anwendung der vierjährigen Verjährungsfrist des <u>§ 25 Abs 1</u> Satz 1 SGB IV auf den Schadensersatzanspruch ist auch aus übergangsrechtlichen Gründen angemessen. Der Hinweis auf die entsprechende Geltung der Vorschriften des BGB über Vertragsverletzungen in § 1436 Abs 1 Satz 2 RVO fehlt in der Nachfolgeregelung des § 28r Abs 1 SGB IV. Bei deren Anwendung hat der Senat daher gegen die ̸bernahme des <u>§ 25 Abs 1 Satz 1 SGB IV</u> keine Bedenken. Gilt aber für den Schadensersatzanspruch nach § 28r Abs 1 SGB IV regelmäÃ∏ig die vierjährige Verjährung, so ergreift sie nach übergangsrechtlichen GrundsÃxtzen, wie sie in Art 169 des Einführungsgesetzes zum BGB und Art II <u>§ 15 SGB IV</u> ihren Niederschlag gefunden haben, auch die gleichartigen Ansprüche, die nach früherem Recht entstanden sind, und verkürzt eine früher für sie etwa geltende längere Verjährungsfrist. Die regelmäÃ∏ig geltende vierjährige Verjährungsfrist fþr den Schadensersatzanspruch nach § 28r Abs 1 SGB IV steht auch in Einklang damit, da̸ die Träger der Rentenversicherung nach <u>§ 29g Abs 1 Satz 1 SGB IV</u> bei den Einzugsstellen mindestens alle vier Jahre zu prüfen haben. Hierauf hat schon das LSG zutreffend hingewiesen. Ob sich darüber hinaus bereits ein Rechtssatz entwickelt hat, da̸ im Sozialrecht allgemein eine vierjährige Verjährung gilt (BSG SozR 3-1200 § 45 Nr 3), kann hier offenbleiben.

Die entsprechende Anwendung des <u>§ 25 Abs 1 SGB IV</u> besagt jedoch auch, daÃ bei vorsAxtzlicher Verursachung des Schadens durch die Einzugsstelle eine 30jährige Verjährungsfrist gilt. Auch ein Arbeitgeber, der Beiträge vorsätzlich vorenthält, kommt nach Satz 2 des <u>§ 25 Abs 1 SGB IV</u> nicht in den GenuÃ∏ der kurzen vierjĤhrigen VerjĤhrung, sondern ist der Beitragsforderung 30 Jahre lang ausgesetzt. Dabei genügt nach der Rechtsprechung des Senats bedingter Vorsatz (BSG Urteil vom 21. Juni 1990 â∏ 12 RK 13/89, USK 90106; Urteil vom 30. März 2000 â∏ B 12 KR 14/99 R, zur Veröffentlichung in SozR vorgesehen). Vorenthalten sind BeitrĤge danach schon, wenn der Arbeitgeber das Bestehen der Beitragsforderung fýr möglich hÃxlt und die pflichtwidrige Nichtentrichtung der Beiträge billigend in Kauf nimmt. Dies gilt entsprechend für den Schadensersatzanspruch des RentenversicherungstrĤgers gegen die Einzugsstelle. Auch in diesem Verhältnis muÃ∏ angenommen werden, daÃ∏ bei zumindest bedingt vorsÄxtzlicher Herbeifļhrung des Schadens, zB durch einen Beitragsverzicht der Einzugsstelle, die 30jAxhrige VerjAxhrungsfrist gilt. Ein schutzwürdiges Vertrauen der Einzugsstelle darauf, daÃ∏ der Schadensersatzanspruch auch bei Vorsatz in nur vier Jahren verjäxhrt, ist nicht erkennbar.

Das LSG hat bisher keine Feststellungen dazu getroffen, ob die Einzugsstelle an der Herbeiführung des Schadens ein solches MaÃ□ an Verschulden trifft. Der Senat hält dies unter den besonderen Umständen des vorliegenden Sachverhalts nicht für ausgeschlossen. Die AOK hat auf eine absolut gesehen hohe Beitragssumme verzichtet und sich mit einer verhältnismäÃ□ig niedrigen Quote der in Betracht

kommenden Beitragsforderung zufrieden gegeben. Bei Abschluà der Vereinbarung vom 30. November 1988 muà ten ihr die AVwV bekannt sein. Nach deren § 3 Abs 2 bedurfte die Einigungsstelle für einen Vergleich über Beitragsansprüche zur Rentenversicherung, deren Höhe zusammen mit den Beitragsansprüchen zur Krankenversicherung und zur BA das Siebenfache der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung der Arbeiter übersteigt, der Einwilligung des Rentenversicherungsträgers. Diese Grenze war hier um ein Mehrfaches überschritten. Dennoch hat die Einzugsstelle die genannten Bestimmungen nicht beachtet.

Nach allem war der Rechtsstreit zur abschlieà enden Klà rung der Frage zurà 4ckzuverweisen, ob die Einzugsstelle vorsà ztzlich gehandelt hat. Dann wà 4rde die 30 jà rhrige Verjà rhrungsfrist gelten und der Schadensersatzanspruch noch nicht verjà rhrt sein. Ist hingegen Vorsatz zu verneinen, ist der Schadensersatzanspruch verjà rhrt.

Die Kostenentscheidung bleibt dem LSG vorbehalten.

Erstellt am: 25.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024